Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgt
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№. 28. Abendblatt. Donnerstag, den 17. Januar. 1867.

Deutschland.

Berlin, 16. Januar. Die österreichische Regierung hat in der That wie keine andere mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie hat die Februar-Verfassung sistirt, weil mit derselben keine Verständigung mit Ungarn zu erzielen war und hat sich dafür alle Anhänger dieser Schmerlingschen Schöpfung zu Feinden gemacht; sie hat in Ungarn den Landtag wieder erweckt und hat dadurch die westliche Reichshälfte verstimmt, weil sie auf deren Wünsche nicht eingehen zu können behauptete; sie macht endlich in den außerungarischen Ländern einen neuen Versuch mit dem Parlamentarismus und muß es erleben, daß die Föderalisten über denselben die Achseln zucken, die Centralisten ihn als einen Eingriff in die Verfassung auf's Heftigste bekämpfen. Um das Maß der Verlegenheit voll zu machen, sind gleichzeitig in Pest Gemäßigte und Radikale wieder einig geworden und haben einstimmig die Adresse votirt, die sich gegen die Fortdauer des Absolutismus entschiedener ausspricht, als bisher irgend eine ähnliche Aeußerung der ungarischen Vertretung. Es kann nicht befremden, wenn in einer so peinvollen Situation die Regierungsorgane zeitweise in laute Klagen ausbrechen über die halsstarrigen Parteien, welche um keinen Preis an die Weisheit und das Wohlwollen der Regierungsprojekte glauben wollen. Einen solchen Schmerzensschrei hat uns gestern nach Redaktionsschluß der Telegraph aus dem „Wiener Journal" mitgetheilt. Das offiziöse Wiener Blatt müht sich ab, den Beweis zu führen, daß die Regierung allein verfassungstreu sei, weil sie den Konstitutionalismus einzuführen wünsche, während die Oppositionellen an Formen festhalten, die ein konstitutionelles Regime unmöglich machten. Am Schlusse wird den politischen Führern ein ernstes Avertissement gegeben, indem das offiziöse Blatt einen Appell an das Volk in Aussicht stellt, der demselben anheimstellen soll, ob es noch länger ein Spiel unterstützen wolle, wodurch das Land seiner konstitutionellen Rechte beraubt werden müsse. Man ist also in Wien mit dem Experimentiren noch nicht am Ziel. Die Schlußwendung des Artikels im „Wiener Journal" ist übrigens ziemlich unklar und läßt über die Natur des zunächst beabsichtigten Experiments verschiedene Vermuthungen zu. Ist Appell an das Volk das allgemeine Stimmrecht oder die jetzige Neuwahl nach dem bis- herigen System? Und wann kommt in dem einen oder dem an- deren Falle der Absolutismus? Uebrigens sei hier noch erwähnt, daß die Gerüchte von österreichischen Truppensendungen nach Galizien wieder auftauchen. Die „N. Pr. Z.", welche dieser Gerüchte Erwähnung thut, äußert, es sei gegenwärtig noch die Voraussetzung möglich, daß die polnische Bewegung nun auch dem Wiener Kabinet bedenklich zu werden beginne. (N. A. Z.)

— Die „N. Pr. Z." bringt die erfreuliche Nachricht, daß der tapfere General v. Olloch fast vollständig von seinen schweren Ehrenwunden genesen ist. Das bei Nachod zerschossene Bein ist vollkommen geheilt, so daß man mit Zuversicht hoffen darf, den General-Lieutenant nach einer Badekur wieder als felddienstfähig begrüßen zu können.

— In Bezug auf die Zeitungssteuer macht die „Bresl. Ztg." auf einen originellen Angriffspunkt dieser Frage aufmerksam. Sie schreibt nämlich: „In seiner Sitzung vom 13. Dezember 1866 hat das Abgeordnetenhaus beschlossen: „die Königliche Staats-Regierung aufzufordern, dem Landtage in seiner nächsten Session einen Gesetzentwurf behufs gänzlicher Aufhebung der Zeitungesteuer vorzulegen." Bei der Verhandlung dieser Frage wurde des Zollvereins-Erneuerungs-Vertrages vom 16. Mai 1865 gar nicht gedacht. Dieser Vertrag ist ratifizirt und von der Volksvertretung genehmigt, auch gehörig publizirt, mithin nicht weniger als ein Gesetz sowohl für die Regierung, als auch für die Unterthanen bindend, und zwar in allen Theilen des jetzigen preußischen Staates, mit Ausnahme der Provinz Schleswig-Holstein, welche zum Zollverein nicht gehört. Da nun von Seiten der Regierung aus- drücklich zugestanden worden ist, daß die Zeitungssteuer eine Ver- brauchsabgabe ist, so werden die auf die Verbrauchsabgaben bezüglichen Vertragsbestimmungen auch auf die Zeitungssteuer zur Anwendung gebracht werden müssen, ohne daß es dazu eines besondern Gesetzes bedarf. In dem Art. 11 ist §. 2 festgesetzt: „Jedem Vereinsstaate bleibt es zwar freigestellt, die auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauche von Erzeugnissen ruhenden inneren Steuern beizubehalten, zu verändern oder aufzuheben, sowie neue Steuern dieser Art einzuführen, jedoch sollen dergleichen Ab- gaben für jetzt nur auf folgende inländische und gleichnamige ver- einsländische Erzeugnisse, als: Branntwein, Bier, Essig, Malz, Wein, Most, Cider (Obstwein), Taback, Mehl und andere Mühlen- fabrikate, desgl. Backwaaren, Fleisch, Fleischwaaren und Fett ge- legt werden dürfen." Da nun hier Zeitungen nicht aufgeführt sind, so scheint die Erhebung von Zeitungssteuern im Zollverein nicht zulässig zu sein."

— Auch in **Meiningen** ist jetzt die Diätenfrage geordnet. Der Herzog hat auf Antrag des landwirthschaftlichen Direktoriums verordnet, daß die Parlaments-Abgeordneten je 7 Gulden Tagegeld und Reise-Entschädigung so lange aus Staatsmitteln erhalten, bis diese Entschädigungen etwa aus Bundesmitteln bestritten werden.

— Ein sich durch seine Antipathien gegen Preußen auszeichnendes radikales würtembergisches Blatt, der „Beobachter", sieht sich zu dem Geständniß gezwungen, daß die Stimmung der gebildeten Stände in Würtemberg, der Offiziere, des Adels, der Geistlichkeit, der Beamten und des wohlhabenden Bürgerstandes, jetzt immer mehr für einen Anschluß an Preußen sei.

— Der Korvetten-Kapitän **Kinderling** ist zum Kommandanten der Fregatte „Thetis" errannt.

— In Conitz macht die liberale und konservative Partei den Polen gegenüber gemeinschaftliche Sache. Als Kandidat wird der Abgeordnete Graf v. Schwerin aufgestellt, nachdem v. Königsmark auf Chamnitz seine Kandidatur zurückgezogen. Die Wahl des Grafen Schwerin soll als sicher zu betrachten sein.

— Der in der Untersuchung wegen der der Firma J. u. A. Aird zugefügten Diebstähle resp. Unterschlagungen mitverhaftete Disponent Rosenthal ist der Haft entlassen. Ein Verwandter in London hatte für denselben eine Kaution beim hiesigen Gericht einzahlen lassen. Da der Buchhalter Brummerhoff bereits vor längerer Zeit, ebenfalls gegen Kaution, entlassen ist, so befinden sich nunmehr nur noch die Kassirer Götze und Corvin v. Wiersbitzki in Untersuchungshaft.

— Nach der „Voss. Z." ist Professor Wuttke derjenige, welcher die gegen Preußen aufreizenden Artikel in der „Mitteldeutschen Volkszeitung" geschrieben hat, welche dem preußischen Gouvernement Veranlassung zur Klageerhebung gegen das genannte Blatt gaben. Hr. Wuttke ist geborener Preuße.

— In einer in Kiel vom Professor v. Treitschke gehaltenen Rede äußerte sich derselbe über den Liebling der „Volkszeitung", die „deutsche Reichsverfassung", wie folgt: „Die Reichsverfassung von 1849, dieses nebelhafte Produkt politischer Theorie, welches gleich nach seinem Entstehen praktisch unausführbar gewesen ist, wird nur zum Vorwand als Mittel der Opposition aus der Vergessenheit hervorgeholt."

— Zu den vielen Streitfragen, welche in Hannover die Gemüther bewegen, ist in jüngster Zeit noch eine neue hinzugetreten, nämlich die Frage, ob die bis dahin bestandene ständische Kommission zur Kontrole des Betriebes der hannoverschen Eisenbahnen noch zu Recht bestehend funktionire oder nicht. Der Handelsminister hat sich, wie wir hören, für die Negative entschieden, weil mit dem Wegfallen des Auftraggebers (der hannoverschen Ständeversammlung) auch das Mandat des Beauftragten als erloschen betrachtet werden müsse, wogegen die Kommissarien selbst ausführen, daß sie nicht Mandatare der Ständeversammlung, sondern des Landes seien und daß sie daher ihren Auftrag so lange ausführen müßten, bis sie denselben in die Hände legitimirter Rechtsnachfolger niederlegen könnten.

— Die Kommission für Handel und Gewerbe beschäftigte sich gestern u. A. mit verschiedenen Petitionen von Berliner und Brandenburger Arbeiter-Vereinen, betreffend Aufhebung des Einzugsgeldes und Herstellung der Gewerbe- und Koalitionsfreiheit. Hinsichtlich des Einzugsgeldes gab der Vertreter der Staatsregierung die Erklärung ab, daß wahrscheinlich noch in dieser Session der Landesvertretung eine diesen Gegenstand betreffende Vorlage zugehen werde. Aus diesem Grunde beschloß die Kommission den Uebergang zur Tagesordnung. Was den zweiten und dritten Punkt angeht (welche schon im Dezember berathen worden sind), so ist die Regierung, nach der Erklärung ihres Kommissarius, mit der vollständigen Umarbeitung der Gewerbeordnung beschäftigt, und bei dieser Gelegenheit wird auch die Koalitionsfrage ihre Erledigung finden. Die Kommission beschloß daher auch hier Uebergang zur Tagesordnung.

Berlin, 16. Januar. (Abgeordnetenhaus.) 53. Sitzung. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatte.) Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung mehrerer Vorschriften über das preußische Posttaxwesen. Am Ministertische findet sich der General-Post-Direktor v. Philippsborn ein. Der Abg. Dr. **Becker** erhält als Referent das Wort. Derselbe rechtfertigt die Vorschläge der Kommission, indem er ausführt, daß dieselbe sich in einem bestimmten Kreise gehalten habe, um einerseits dringend erforderliche Verbesserungen herbeizuführen, andererseits auf die Zustimmung der Regierung nicht zu verzichten. — Da sich kein Redner weiter zu der Generaldiskussion gemeldet hat, so wird diese geschlossen und die Spezialdebatte über §. 1 eröffnet. Bekanntlich setzte der Regierungsentwurf bei unfrankirten oder unzulänglich frankirten Briefen auf Entfernungen über 5 Meilen ein Zuschlagsporto fest, welches im einfachen Satze 1 Sgr. betragen soll; der Kommissionsentwurf will aber den Zuschlag erst bei Entfernungen über 10 Meilen zulassen.

Der General-Post-Direktor v. **Philippsborn** erhält das Wort. Nach reiflichster Erwägung habe die Regierung ihren in der Kommission erklärten Widerspruch gegen die Abänderung des § 1 ihrer Vorlage nicht aufgeben können. Sie müsse an dem Zuschlage bei Entfernungen über 5 Meilen festhalten, weil sie nur so die Deckung des Ausfalles, welcher bei der Ermäßigung der Portosätze zunächst eintrete, sich versprechen könne. Er sei beauftragt, im Namen der Regierung zu erklären, daß sie das ganze Gesetz als verworfen betrachten müsse, wenn die Abänderung des §. 1 vom Hause beschlossen werde. Man möge dies vermeiden, denn Niemand könne sich verhehlen, daß durch die Verwerfung des Gesetzes dem Lande sehr bedeutende Erleichterungen vorenthalten würden. Die Härten, welche die Kommission in der Auferlegung des Zuschlags gesehen, seien in der That nicht vorhanden. Die Abnahme der unfrankirten Briefe, welche im Interesse der Verwaltung sehr wünschenswerth, sei erfahrungsmäßig gleich nach der Einführung des Zuschlags eine rapide. In Frankreich sei beispielsweise in dem ersten Jahre nach der Einführung des Zuschlags die Zahl der unfrankirten Briefe, welche im Jahre zuvor 50 Prozent der versendeten Briefe betragen habe, auf nicht ganz 7 Prozent gefallen. Auch der Hinweis auf die amtlichen Briefe sei unzutreffend, denn die Zahl der unfrankirt versendeten sei eine verschwindend kleine; die große Zahl der gerichtlichen Zusendungen sei bekanntlich portofrei. Die Regierung wolle durch den Zuschlag keinen dauernden Vortheil für die Staatskasse erlangen, sondern nur den Uebergang zu dem niedrigeren Porto erleichtern. Was das jetzt viel geäußerte Verlangen nach dem einheitlichen Porto angehe, so seien den Betrachtungen darüber feste Zahlen entgegenzuhalten. In England sei im Jahre 1840 das Einheitsporto eingeführt; nun sei der Netto-Ueberschuß, welchen die englische Post im Jahre 1839 geliefert, erst im Jahre 1862 wieder erreicht worden, und von 1839 bis 1862 habe der Ausfall nicht weniger als 93,856,466 *Rt* betragen. Wenn man dabei erwäge, daß in den gedachten Zeitraum die schwunghafteste Entwickelung der Verkehrsanstalten in England falle, so sei die Thatsache gewiß belehrend. In Preußen würde von der plötzlichen Einführung des einheitlichen Portos von 1 Sgr. die Mehrausgabe für die erforderlich werdenden vergrößerten Anstalten, das Mehrpersonal u. s. w. nicht weniger ins Gewicht fallen als die Mindereinnahme, und man dürfte wohl nicht zu hoch greifen, wenn man für die Staatskasse einen Nachtheil von einer Million Thaler erwarte; mit einem Mal sei das einheitliche Porto nicht einzuführen, das jetzt vorliegende Gesetz bringe uns aber dasselbe bedeuten näher. — Abg. v. **Vincke** befürwortet die Annahme der unveränderten Regierungsvorlage; Abg. **Lasker** bekämpft dieselbe, weil der Zuschlag, welcher den Ausfall der Staatskasse in Folge der Portoherabsetzung decken solle, den armen Leuten zur Last falle, welche nicht zur Frankirung im Stande seien. Man dürfe nicht die wohlhabenden Klassen erleichtern und die armen dafür höher belasten. — Der Regierungs-Kommissar bestreitet, daß dies geschehe, die Zahl der unfrankirten Briefe werde sehr klein werden; gerade um dieses zu erreichen, sei aber der Zuschlag nöthig, und derselbe wäre nicht genügend wirksam, wenn die sehr bedeutende Zahl von Briefen auf Entfernungen von fünf bis zehn Meilen von dem Zuschlage frei blieben. — Abg. v. Vincke hält gleichfalls die Auffassung des Abg. Lasker für nicht zutreffend. Die armen Leute, von welchen er rede, würden wenig von dem Zuschlage zu leiden haben, das kleine kaufmännische Publikum sei es hauptsächlich, welches man ebenso bei der Frage des Zuschlags ins Auge fassen müsse, wie für dieses auch die Portoherabsetzung am wichtigsten sei. — Die Diskussion ist geschlossen.

Referent Abg. **Becker**: Es ist bedauerlich, daß die Postverwaltung immer nur das fiskalische Interesse hervorhebt. Durch die Erhöhung des Portos für Sendungen in der Zone von fünf bis zehn Meilen wird der Briefverkehr, der in dieser Zone schon abgenommen hat, noch mehr erschwert und also noch mehr abnehmen; die Portoerhöhung darf also nicht genehmigt werden; die Konkurrenz durch die Schmuggelposten wird sonst noch mehr zunehmen. Schon mit Rücksicht auf die neuerworbenen Länder (in Hannover z. B. besteht ein einheitlicher Portosatz von nur 1 Silbergroschen) dürfen solche Verkehrs-Erschwerungen nicht eintreten. Selbst wenn die Regierung wirklich bei Annahme der Kommissionsvorlage das Zustandekommen des Gesetzes hinderte, müsse man doch dafür stimmen, da die Postverwaltung sich über kurz oder lang einer vollständigen Revision in jenen Portoverhältnissen nicht entziehen kann. Es wird darauf abgestimmt. §. 1 der Kommissionsvorlage wird mit großer Majorität angenommen; dafür stimmt auch ein großer Theil der Konservativen. — Regierungs-Kommissar v. **Philippsborn**: Nachdem §. 1 der Regierungsvorlage die Majorität erlangt hat, legt die Staatsregierung auf die Weiterberathung des Gesetzes kein Gewicht. — Vicepräsident **Stavenhagen** erklärt, daß das Haus, da das Gesetz nicht förmlich zurückgezogen sei, doch in der Berathung fortfahren werde. — Referent Abg. **Becker** empfiehlt den §. 2 der Kommissionsvorlage. Derselbe wird gleichfalls angenommen. Die §§. 3, 4 und 5, die mit der Regierungsvorlage gleichlautend sind, werden gleichfalls und darauf das ganze Gesetz mit großer Majorität angenommen. — Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution: „Die Staatsregierung aufzufordern, einen einheitlichen Portosatz von 1 Sgr. für frankirte und von 2 Sgr. für unfrankirte Briefe zu normiren, auch das Stadtbriefporto auf 4 Pfennige zu ermäßigen", wird abgelehnt. Letzter Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Bericht der Finanz-Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die den gemeinnützigen Aktien-Baugesellschaften zu bewilligende Sportel- und Stempelfreiheit. Der Antrag der Kommission, dem Gesetzentwurfe die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen, wird ohne Diskussion genehmigt. (Ref. Abg. Krieger-Berlin.)

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Tages-Ordnung: mündlicher Bericht über den Antrag des Abg. Paur, betreffend die Bewilligung von Diäten und Reisekosten für die preußischen Abgeordneten zum norddeutschen Parlament; Anträge des Abg. Lasker und von Bethmann-Hollweg auf Aufhebung der Beschränkungen des Hypothekenzinsfußes; Wahlprüfungen; Petitionen.) Schluß der Sitzung 3¼ Uhr.

Danzig, 15. Januar. Jetzt endlich, aber eben auch nur erst jetzt, beginnen unsere Konservativen in Bezug auf die Wahlen zum norddeutschen Parlament sich zu regen, morgen Abend wird der konservative „Volksverein des Stadt- und Landkreises Danzig" im Selonke'schen Etablissement auf Langgarten eine General-Versammlung abhalten und in dieser zur definitiven Kandidatenwahl schreiten. Für den Landkreis ist von den Stimmführern der Partei der K. Ober-Regierungsrath v. Auerswald, Abtheilungs-Direktor bei der hiesigen Regierung, in Aussicht genommen, ein Sohn des verdienten Ministers dieses Namens und ein Mann von zwar durchaus nicht demokratischer, aber doch auch keineswegs feudaler Gesinnung, ein Mann, welcher in seiner früheren Stellung als Landrath in dem von ihm geleiteten Kreise sich schnell große Popularität bei Reichen und Armen zu erringen gewußt hat. Ueber den für den Stadtkreis aufzustellenden **Kandidaten** verlautete außerhalb des **Parteivorstandes** bisher noch Nichts; wahrscheinlich ist man im Schooße desselben noch nicht ganz einig. Nun der morgende Abend muß ja auch hierüber Gewißheit bringen!

Aus Nordschleswig, 14. Januar. Die Haderslebener „Nordschleswigs Tidende" berichtet aus dem Kirchspiel Bröns: „Auf der hier abgehaltenen Landmilitärsession hatten die meisten landesflüchtigen Dienstpflichtigen sich aus Dänemark wieder eingefunden, um an der Ausloosung theilzunehmen. Es befanden sich unter den Betreffenden nicht wenige, welche sich bereits in die dänischen Aushebungslisten hatten eintragen lassen. Der Lagemann eines Bezirks, dessen Wehrpflichtige sämmtlich nach Dänemark übergesiedelt waren, bat auf der Session um Verlängerung des Termins, da er mit seinen ohne Ausnahme zurückkehrenden Leuten auf der Session in Gram erscheinen würde."

Hannover, 15. Januar. Bei der nachträglichen Kontrolversammlung, welche am 12. d. M. in Dassel abgehalten wurde, ward zunächst den Mannschaften, welche bei der Kontrol-Versammlung am 4. d. theils nicht rechtzeitig erschienen waren, theils sich nachher ungebührlich betragen hatten, ihr sträfliches Unterfangen mit allem Ernst vorgehalten, sodann aber 38 Mann, von denen festgestellt war, daß sie sich an dem Unfug während der letzten Versammlung betheiligt, von einer aus Einbeck eingetroffenen Infanterie-Abtheilung in Empfang genommen, um vom Platze weg nach der Provinz Sachsen abgeführt zu werden, wo sie, wie die „N. H. Ztg." hört, zwei Monate bei einem dort garnisonirenden Regiment Uebungen durchmachen und preußische Mannszucht lernen sollen.

Das genannte Blatt bemerkt hierzu, indem es die anderen Mannschaften ermahnt, sich diese Schule zu ersparen:

„Man ist mehreren Persönlichkeiten auf der Spur, welche sich der Aufhetzerei der beurlaubten Mannschaften schuldig gemacht haben. So vorsichtig diese gewissenlosen Menschen, die bei ihrem Treiben nicht entfernt an das Schicksal der von ihnen Verführten denken, sich auch zu verbergen bemüht sind, man kennt sie und wird sie bei nächster — vielleicht schon bei dieser — Gelegenheit ihre Frechheit büßen lassen, gleichviel, welche Stellung sie einnehmen. Das Militär darf am wenigsten derartige Ungebühr dulden. Die Aufwiegler, von denen die eingeleitete Untersuchung herausstellen dürfte, daß sie sehr hohen Kreisen der Gesellschaft angehören, können in den Fall kommen, die bekannte Tour nach Minden antreten zu müssen."

Wiesbaden, 10. Januar. Wie die „Mittelrhein. Ztg." glaubwürdig vernimmt, ist die Verfügung hier eingetroffen, daß die seiner Zeit suspendirten Beamten des vormaligen Herzogthums Nassau definitiv als in Ruhestand getreten betrachtet werden sollen und ihnen Pension zu zahlen ist. Es betrifft dies die Herren Ministerialdirektor Faber, Ministerialrath Flach, Regierungspräsident Winter, Finanzpräsident v. Heemskerck, Direktor Schepp und Direktor Werren.

Dresden, 15. Januar. Das preußische Lehrbataillon wird hierselbst, nicht in Pirna, wie es anderwärts hieß, übermorgen konstituirt werden. — Mit dem Bau der eigentlichen Festungswerke soll hier im April begonnen werden. — Neuerdings sind mehrfach Fälle vorgekommen, daß sächsische Offiziere an preußischen Unteroffizieren und Gemeinen ihr Müthchen zu kühlen versuchten, indem sie übermäßige Honneurs verlangten und daraus Anlaß nahmen, da und dort in öffentlichen Lokalen, vor den bewundernden Gehörs- und Gesichtsorganen ihrer landesmännischen Bierphilister, preußische Subalterne energisch „abzumucken." Neulich kam aber ein sächsischer Lieutenant mit einem solchen Bravour-Ausfall an einen preußischen Unteroffizier, der die Sache schief nahm und vor versammeltem Kneip-Publiko an den sächsischen Offizier eine Einladung ergehen ließ, welcher man gewöhnlich nicht nachzukommen pflegt. — Die Agenten der Beust'schen Nebenregierung, die sich immer noch in ihren alten Stellen befinden, agitiren mehr denn je gegen Preußen. Die Parlamentswahlen geben den Anlaß. Ich hörte neulich einen grün-weißen Polizeibeamten die Wahl eines ganz rothen Republikaners empfehlen, blos weil der betreffende Gegenkandidat im Verdacht steht, für den Anschluß an Preußen eingenommen zu sein. Außerdem wird besonders aus der voraussichtlichen Vermehrung der Steuerlast unter Preußen viel Kapital geschlagen. Daß die Leute ihre desfallsige Minderleistung im schutzlosen Kleinstaat, so oft ein Krieg ausbricht, in Form von Kriegslasten aller Art doppelt nachzutragen haben — daran werden sie nicht erinnert.

Leipzig, 14. Januar. Die Einquartierung der hier garnisonirenden Königlich preußischen Truppen dürfte nunmehr geregelt werden. Von den hier noch befindlichen zwei Bataillonen sollen 724 Mann in dem Schlosse Pleißenburg untergebracht werden, während der Magistrat, die Zustimmung der preußischen Kommandantur vorausgesetzt, die Unterbringung des Restes der Mannschaften in tauglichen Bürgerquartieren vermitteln will, natürlich auf Kosten der Stadt, die dann wiederum aus der Staatskasse entschädigt zu werden hofft. (Unterm 15. meldet inzwischen die „D. A. Z.": Für den 21. d. M. ist hier das Eintreffen des jetzt in Wurzen garnisonirenden Füsilier-Bataillons des 52. Regiments angesagt.)

Darmstadt, 14. Januar. Dem Vernehmen nach wird der Kronprinz von Preußen, welcher sich soeben in Karlsruhe befindet, auf seiner Rückreise in Gotha mit unserem präsumtiven Thronfolger, dem Prinzen Ludwig, zusammentreffen. Beide werden sich hierauf von Gotha nach Berlin begeben. Ob diese Zusammenkünfte, wie man hier wissen will, mit der militärischen Reorganisation Hessens zusammenhängen, vermögen wir nicht zu sagen; gewiß ist nur, daß bis jetzt definitive Vereinbarungen noch nicht erzielt sind.

Ausland.

Paris, 14. Januar. (N. A. Z.) Die orientalische Frage drängt die übrigen wichtigsten Angelegenheiten der äußeren Politik vollständig in den Hintergrund. Ueber die bisherigen einzelnen Phasen der Konjekturen in dieser Frage habe ich Ihnen bereits Mittheilung gemacht; heute will man mit Bestimmtheit versichern, daß unser Gesandte in London, Herr de la Tour d'Auvergne, mit dem Kabinete von St. James gegenwärtig wegen dieser Angelegenheit in Unterhandlungen stehe. Es wird aber wiederholt, daß Lord Stanley sich nicht sehr entgegenkommend zeige. Inzwischen laufen Nachrichten aus Alexandrien ein, die, wenn sie sich bestätigen, die Verwickelungen im Orient vermehren müssen. In Egypten soll man nämlich einer Verschwörung auf die Spur gekommen sein, an deren Spitze Halim Pascha, der Oheim des Vicekönigs, stehe. In der Nacht vor dem Abgange des letzten Postdampfers waren in Kairo mehrere Personen, unter ihnen der Sekretär Halim's, verhaftet worden. Ueber den Zweck des Komplottes und über sonstige Einzelnheiten fehlen noch Mittheilungen, und der nächste Postdampfer wird erst am 17. oder 18. Weiteres mitbringen; jedoch ist an dem Thatsächlichen der Verschwörung selbst nicht mehr zu zweifeln.

Paris, 14. Januar. (Post.) Der französische Gesandte in London, Mr. de la Tour d'Auvergne, erhielt Weisung, sich mit dem englischen Kabinet wegen eines gemeinschaftlichen Vorgehens in den orientalischen Angelegenheiten zu verständigen, Lord Stanley aber scheint diese Eröffnungen sehr kühl aufgenommen und wenig oder gar keine Lust gezeigt zu haben, England durch die französische Politik ein zweites Mal aufs Eis führen zu lassen.

— Der neue französische Gesandte in Washington hat dem Ministerium einen ausführlichen Bericht über die (bereits vom „Moniteur" konstatirte) zuvorkommende Aufnahme erstattet, welche er beim Präsidenten Johnson fand. Der Gesandte glaubt jedoch zur gehörigen Würdigung dieser Aufnahme beifügen zu sollen, daß der Präsident äußerst unpopulär und es ein Irrthum sei, wenn man glaube, daß der Prozeß gegen denselben nicht mit großer Energie betrieben werden wird.

— Die häufigen Zusammenkünfte, welche der Marquis von Moustier mit dem Baron von Budberg hier und der Prince von Latour mit Lord Stanley in London hat, haben Anlaß zu der Nachricht gegeben, daß man an einer Konferenz behufs Beilegung der Orientfrage arbeite, daß aber Rußland bis jetzt sich sehr zurückhaltend gezeigt habe, trotz der eifrigen Bemühungen Frankreichs und Englands. Die Orientfrage ist gewiß zur Zeit der Gegenstand diplomatischer Besprechungen; wir zweifeln aber, daß man bereits an die Berufung einer Konferenz denkt. Man will übrigens wissen, daß Lord Cowley als Botschafter Englands durch Lord Napier ersetzt werden solle, daß Lord Cowley aber noch während der Dauer der großen Industrie-Ausstellung funktioniren werde.

Spanien. Bis jetzt scheint der Staatsstreich, mit welchem das Ministerium Narvaez das von dem Parlamentarismus und den Parteien zerfleischte und an den Rand des Abgrundes gebrachte Spanien zu regeneriren gedenkt, glücklich von statten zu gehen. Die französischen Blätter enthalten die gleichlautende Mittheilung, daß Alles ruhig sei, und daß selbst in Catalonien, wo die Ereignisse in der Hauptstadt erfahrungsmäßig stets den größten Rückschlag hervorbrächten, die Ordnung auch nicht einen Moment lang gestört worden sei. Dabei haben die revolutionären Parteien alle möglichen Mittel aufgeboten. Die Junta revolucionaria ließ ein Flugblatt zirkuliren, welches in seiner Art das bedeutendste ist, welches seit dem 25. Juni veröffentlicht wurde. Interessant und neu ist das Mittel, dessen man sich zur Vertheilung bediente. Man versandte dasselbe unter Couvert durch die Post oder durch die Zeitungsboten unter der Firma von Neujahrs-Gratulationen. Aber trotz dieser revoltionären Glückwünsche blieb Madrid ruhig. Man sprengte auch das Gerücht aus, daß die Anleihe, die das Kabinet in Paris negocirt, nicht zu Stande gekommen sei. Aber auch dies machte keinen Eindruck und ist überdem nicht wahr.

Von der polnischen Grenze wird der „Post" unterm 14. Januar geschrieben: Zufolge amtlichen Nachrichten ist die Rinderpest in den an Schlesien grenzenden K. K. österreichischen Staaten, sowie in mehreren an den Oppelner Regierungs-Bezirk angrenzenden Ortschaften des Gouvernements Warschau, in letzterem außerdem auch die sibirische Pest ausgebrochen. Von der Königlichen Regierung zu Oppeln ist demnach auf Grund des §. 3 der Verordnung vom 27. März 1836 die Grenzsperre für die Kreise Beuthen, Pleß, Rybnik, Ratibor, Leobschütz, Neustadt, Neiße, Kreuzburg und Lublinitz in der Art angeordnet worden, daß außer Pferden alle Gattungen von Vieh, frische Thierhäute, Hörner und ungeschmolzenes Talg, Rindfleisch, Dünger und gebrauchte Stallgeräthe jeder Art weder aus dem Königreiche Polen, noch aus den K. K. österreichischen Staaten über die Grenze der vorerwähnten Kreise nach Schlesien dürfen zugelassen werden.

Newyork, 1. Januar. Bei einem brillanten Ball, den Präsident Juarez Ende November den Damen von Chihuahua gab und zu dem auch mehrere Gentlemen aus den Vereinigten Staaten geladen waren, erklärte derselbe so unumwunden wie möglich, daß die Mexikaner zwar die Freundschaft ihrer amerikanischen Nachbarn so hoch wie möglich anschlagen, daß sie sich aber für amerikanische Intervention und Protektion eben so sehr bedanken würden, wie für die französische, und von Abtretung mexikanischer Provinzen an die Vereinigten Staaten nie die Rede gewesen sei und nie sein könne. Das Fest war eine Art Abschiedsfest; Juarez gedenkt nämlich, falls ihn Ortega und Genossen im Rücken nicht zu sehr molestiren, sich in dem Maße, wie die Räumung der Franzosen vorschreitet, allmählich von Chihuahua über Durango, Zacatecas und Guanajuato nach der Hauptstadt Mexiko hinzulaviren. Ein Korrespondent des „Herald", der glücklicher war als Sherman und Campbell, die bekanntlich Juarez nicht finden konnten oder wollten, entwirft eine enthusiastische Schilderung von den Herrlichkeiten des juaristischen Ballfestes, namentlich haben ihm die Hunderte von reizenden Chihuahuanerinnen mit ihren feinen runden Formen und den schwarzen andalusischen Augen in die eigenen gestochen. Auch den köstlichen Punch trank man; der beste Punchbrauer in Mexiko, Licenciat Ortez, war anwesend und bereitete ihn höchsteigenhändig.

Pommern.

Stettin, 17. Januar. Vorgestern Abend wurde ein im hiesigen Polizei-Asyl detinirter Arbeiter von dem in demselben Zimmer befindlichen Arbeiter Tette, der sich im total angetrunkenen Zustande befunden haben soll, mit einem starken Stock so heftig über den Kopf geschlagen, daß er eine 1½ Zoll lange, indessen nach ärztlichem Befinden durchaus ungefährliche Wunde davontrug und stark blutete. Er wurde auf polizeiliche Veranlassung nach dem Krankenhause befördert.

— Am 15. Abends wurde ein dem Maurergesellen Hilsen gehöriger Korb mit nasser Wäsche vor einem Hause der Pölitzer Straße gestohlen. Als Thäter ist nun der in der Zabelsdorfer Strafe wohnhafte Arbeiter Partick ermittelt und ist die Wäsche nebst einzelnen anderen Gegenständen, die möglicher Weise ebenfalls vom Diebstahl herrühren, bei demselben mit Beschlag belegt worden.

— Zu Anfang des Jahres 1866 befanden sich hier in Winterlage 130 See-Segelschiffe von 17,201 Lasten, 15 See-Dampfschiffe von 1760 Lasten, 20 Küsten- und Binnenfahrzeuge von 518 Lasten und 237 Kähne von 8195 Lasten. Im Laufe des Jahres kamen an 1559 See-Segelschiffe von 99,456 Lasten, 484 See-Dampfschiffe von 76,498 Lasten, 1983 Küstenfahrzeuge von 31,623 Lasten, 6707 Kähne von 201,803 Lasten; es gingen aus 1516 See-Segelschiffe von 94,704 Lasten, 484 See-Dampfschiffe von 76,517 Lasten, 1941 Küstenfahrzeuge von 30,709 Lasten und 6721 Kähne von 201,970 Lasten. In Winterlage sind jetzt 173 See-Segelschiffe, 15 See-Dampfschiffe, 62 Küstenfahrzeuge und 223 Kähne. Es sind im Ganzen 14,790 Fahrzeuge von 516,195 Lasten bei dem hiesigen Hafenamte angemeldet, 428 mit 21,578 Lasten weniger als im Jahre 1865. Nach den Nationalitäten befanden sich unter den angekommenen Seeschiffen: Preußen 1058, Engländer 241, Schleswig-Holsteiner 162, Hannoveraner 148, Dänen 121, Norweger 121, Holländer 105, Schweden 26, Russen 16, Franzosen 14, Hamburger 10, Lübecker 10, Oldenburger 7, Mecklenburger 3, Oesterreicher 1.

— Folgende ausländische Seedampfer haben im verflossenen Jahre regelmäßige Fahrten auf hier unterhalten: 1) Engländer: Dresden, Pacific, United Service, Marie, Artenus, Ouse, Chanticleer, Joseph Semes, Verona, Saxon, Orient, Buda, Danzig, Citadel, Humber, Milo, Stettin, Staffa, Dwina, Ariel, Xanthe, Hampshire, Queen, Battalion, Vistula, Milbanke, Douglas, Lady Havelock, Como, Caradoc, Secret, Bravo, Viceroy, Ems und Baron Hambro; 2) Dänen: Axelhuus und L. N. Hoidt; 3) Holländer: Vesta, Medea, Rubbens, Rotterdam, Anna Paulowna, Ondine, Uraina und Nina; 4) Lübecker: A. P. Rheder, Helix und Union; 5) Hamburger: Taurus; 6) Russen: Alexander II. und Nicoliuca; 7) Norweger: Farmauden.

— Als im hiesigen Hafen angekommen sind während des vorigen Jahres: auf inländischen Seeschiffen 6738, auf ausländischen 7197, auf Küstenfahrzeugen und Kähnen 25,120, zusammen 39,055 Personen gemeldet.

— In Hackenwalde, Synode Gollnow, ist der Lehrer Bohm fest, und der Lehrer Ganske in Stettin unter Vorbehalt des Widerrufs angestellt.

Vermischtes.

— Vor länger als zwanzig Jahren hatte ein Berliner kleiner Handwerker das Glück, in ganz kurzen Zwischenräumen zwei Hauptgewinne in der Lotterie zu machen. Die nächste Folge war die Aufgabe des emporblühenden Geschäfts Seitens des Gewinners. Er richtete sich auf großem Fuß ein, kaufte sich ein Grundstück und lebte seither lange Jahre hindurch als ein sehr wohlsituirter Mann. Leider hat sich aber auch an diesem Glückspilz das Sprüchwort „wie gewonnen, so zerronnen" bewährt. Der Mann empfand in den letzten Jahre viel Langeweile; dies brachte ihn auf den Gedanken, im Spiel seine Unterhaltung zu suchen; sehr bald gab sich aber dabei kund, daß ihn die Glücksgöttin vollständig verlassen hatte und grade deshalb wagte er immer mehr, um eine glückliche Chance zu erobern. Große Summen, man spricht von mehreren tausend Thalern an einem Abend, verlor in dieser Weise der Verblendete, bis er Nichts mehr zu verlieren hatte und er zu der Ueberzeugung kam, daß nur das Handwerk einen goldenen Boden hat. Auf dieses wird sich jetzt der gute Mann in seinen alten Tagen wieder werfen, nur daß er jetzt etwas kleiner anfangen wird, als er vor 20 Jahren aufgehört hat.

Neueste Nachrichten.

Bremen, 16. Januar. Der Kaufmanns-Konvent hat gestern in einer zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, die Handelskammer zu ersuchen, keine weiteren Schritte gegen die Einführung der Mäklerfreiheit zu thun, da sich die Kaufmannschaft gegen die etwaigen Nachtheile derselben in freier Vereinbarung selbst schützen werde.

Wien, 16. Januar. Eine Arrosirungs-Anleihe Behufs Rückzahlung des Bankvorschusses und Einziehung der Staatsnoten steht in Aussicht. Der Rücktritt des Finanzministers ist sicher.

Wien, 16. Januar, Abends. Der „Wiener Abendpost" wird aus Skutari gemeldet, die Pforte habe, nachdem sie erfahren, daß die den Montenegrinern zugesicherte Räumung von Novasello und Abtragung der Blockhäuser noch nicht vollzogen sei, Ismail-Pascha als Bevollmächtigten abgesendet, um die schleunige Ausführung dieser Maßnahmen zu veranlassen.

Triest, 16. Januar. Der fällige Lloyd-Dampfer ist mit der ostindischen Post aus Alexandrien hier eingetroffen.

Florenz, 16. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde der Anhang zum Budget d. J. vorgelegt. In demselben wird die Verminderung der Ausgaben um 27 Millionen Fr. gegen die im Dezember vorgelegte Bilanz konstatirt. Die Einnahmen sind auf 865½ Millionen, die Ausgaben auf 1024 Millionen Fr. geschätzt. Das Defizit beträgt demnach 158½ Millionen Francs.

Demnächst nahm die Kammer das abgeänderte Gesetz bezüglich der Unverträglichkeit des parlamentarischen Mandats mit anderen Aemtern mit 147 gegen 79 Stimmen an.

Petersburg, 16. Januar, Abends. Das von verschiedenen Zeitungen mitgetheilte Gerücht, betreffend die Entsendung einer angeblichen englischen Note nach Petersburg, in welcher Reklamationen über den letzthin erlassenen Polen betreffenden Kaiserlichen Ukas erhoben wären, ist vollkommen unbegründet.

Moskau, 16. Januar, Vormittags. Gestern hat hier eine Versammlung von Geistlichen stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, eine Subskription für nothleidende kandiotische Greise, Kinder und Frauen zu eröffnen, als Angehörigen desjenigen Volkes, welchem die russische Nation ihr christliches Bekenntniß verdanke. Die „Moskauer Zeitung" bemerkt hierzu: „Die Mitleidenschaft unter dem Banner der Kirche ist die wirksamste Hülfe, die wir unsern Glaubensbrüdern bieten können. Oft haben wir sie mit dem Schwerte schützen wollen, aber die glänzendsten Siege sind fruchtlos geblieben und haben die orientalische Frage nicht gelöst, sondern verwickelt. Jetzt darf unsere Aktion nur darin bestehen, jede fremde Einmischung fern zu halten und die Bevölkerungen ihren eigenen Kräften und dem Willen Gottes zu überlassen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 17. Januar. Witterung: klare Luft, leichter Frost Temperatur — 1° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85pfd. 80—89½ Rt. bez., weißer 83—91 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 88¼, ¾, ½ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 88½, ¾ Rt. bez. u. Br.

Roggen behauptet, pr. 2000 Pfd. loco 55—57 Rt. bez., Januar-Februar 55 Br., 54½ Gd., Frühjahr 55½, ¾ Rt. bez., Mai-Juni 55¾ Rt. bez., 56 Br.

Gerste loco pr. 70pfd. 49—51½ Rt. bez., Frühj. 69—70pfd. schles. 51 Rt. bez. u. Br., kleine vorpomm. Frühjahr 48 Rt. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—30½ Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 32 Rt. Br., 31½ Rt. Gd.

Erbsen loco Futter- 54—56 Rt. bez., Koch- 57—60 Rt. bez., Frühjahr Futter- 58 Rt. Br., 57 Rt. Gd.

Rüböl stille, loco 12 Rt. Br., Januar 11¾ Rt. Br, April-Mai 12⅙ Rt. Br., 12 Rt. Gd.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 16½ Rt. bez., Januar-Februar 16 5/12 Rt. bez., Frühjahr 17, 17 1/12 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 17⅓ Rt. bez. u. Gd.

Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl.

Hamburg, 16. Januar. Getreidemarkt unverändert, fest und ruhig. Weizen pr. Januar-Februar 5400 Pfd. netto 154 Bankothaler Br., 153½ Gd., pr. Frühjahr 152½ Br., 152 Gd. Roggen pr. Januar-Februar 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 90 Gd., pr. Frühjahr 91 Br., 90 Gd. Oel geschäftslos, loco 25¾, pr. Mai 26⅝, pr. Oktober 27. Kaffee 2000 Sack diverse Rio und Santos verkauft. Zink matter. — Schneegestöber.

Amsterdam, 16. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen und Roggen ziemlich unverändert. Rapps und Rüböl geschäftslos.